

Das KRITIS-Dachgesetz ist ein wichtiger, aber nur ein Baustein von vielen

So wirtschaftsschonend wie möglich, ohne dass es zulasten unserer Sicherheit geht



Sebastian Schmidt ist seit 2025 Mitglied des Deutschen Bundestages und direkt gewählter Abgeordneter von Ostholstein - Stormarn-Nord. Er ist Mitglied im Innenausschuss des Deutschen Bundestages und dort Berichterstatter der CDU / CSU Fraktion für Zivil-, Bevölkerungs- und Katastrophenschutz, THW; Luftsicherheit und Seesicherheit sowie Haushalt. Seit 2023 ist er CDU Kreisvorsitzender Ostholstein und Mitglied des Landesvorstandes der CDU-Schleswig-Holstein. Von Hause aus ist er staatlich geprüfter Betriebswirt und hat einen Abschluss als Bankkaufmann.

BIM-MAGAZIN: *Sehr geehrter Herr Bundestagsabgeordneter Schmidt, Anfang Juli haben sie beim Jahreskongress des Verbandes für Sicherheitstechnik an dem Panel zum KRITIS-Dachgesetz teilgenommen und über daraus resultierende aktuelle Entwicklungen diskutiert - welche sind denn aus Ihrer Sicht die bedeutendsten?*

Sebastian Schmidt: Eine zentrale Erkenntnis ist, dass wir Sicherheit und Resilienz ganzheitlich denken müssen. Die Zeitenwende betrifft nicht nur Bundeswehr oder das THW, sondern unsere gesamte Gesellschaft. Das hat auch die Diskussion auf dem Panel noch einmal deutlich gemacht. Das KRITIS-Dachgesetz ist dabei ein wichtiger, aber eben nur ein Baustein von vielen. Dennoch lässt sich an ihm der Fortschritt im Bevölkerungsschutz skizzieren.

Ende Januar haben wir das KRITIS-Dachgesetz im Bundestag beschlossen. Im Mai hat das Bundesinnenministerium den Entwurf einer ersten Verordnung zur Bestimmung kritischer Anlagen vorgelegt.

Diese schafft bereits mehr Klarheit für die betroffenen Sektoren – etwa, dass im Sektor Energie die Versorgung mit Elektrizität, Gas, Kraftstoff und Heizöl als kritische Dienstleistung gilt, oder dass im Sektor Wasser die Trinkwasserversorgung und die Abwasserbeseitigung erfasst sind.

Die Verordnung konkretisiert auch die Schwellenwerte, ab denen eine Anlage als kritische Infrastruktur gilt – etwa bei der jährlich gewonnenen oder aufbereiteten Wassermenge, bei transportierten Passagier- oder Güterzahlen an Flughäfen und Häfen oder bei der an Tankstellen verteilten Kraftstoffmenge.

Natürlich ist auch diese Verordnung nur einer von vielen notwendigen Schritten. Aber sie zeigt: Es geht voran. Es war wichtig, dass wir diesen ersten Schritt gemacht haben, damit der Stein ins Rollen kommt.

Entscheidend wird jetzt sein, im Gespräch zu bleiben. Deshalb war uns in den Verhandlungen auch wichtig, die erstmalige Evaluierung des Gesetzes vorzuziehen.

Bund und Länder können so frühzeitig Erfahrungswerte einbeziehen und bei Bedarf nachsteuern, etwa bei Schwellenwerten oder Bußgeldern. Grundlage dafür ist natürlich der gute Austausch mit den Betreibern.

Sebastian Schmidt

”

Der entscheidende nächste Schritt ist jetzt, die Fortschritte tatsächlich bis in die kommunale Praxis zu tragen.“

Neben dem KRITIS-Dachgesetz hat diese Bundesregierung bereits weitere Schritte unternommen. Mit der Anpassung des Luftsicherheitsgesetzes, der Einrichtung eines gemeinsamen Drohnenabwehrzentrums und eines Gemeinsamen Zentrums zur Abwehr hybrider Bedrohungen (GAZ Hybrid) sowie der jüngsten Novellierung des Bundespolizeigesetzes haben wir den Handlungsspielraum unserer Behörden ausgeweitet, die Koordination verbessert und Entscheidungsprozesse verschlankt.

Genauso wichtig ist aber die gesamtgesellschaftliche Seite: der Ausbau der Warninfrastruktur und Schulungen zum Bevölkerungsschutz – an Schulen ebenso wie für Beschäftigte in Unternehmen. Denn Resilienz entsteht nicht nur in Behörden, sondern überall dort, wo Menschen im Ernstfall handlungsfähig sind.

BIM-MAGAZIN: Aus dem KRITIS-Dachgesetz gehen in Kombination mit NIS-2 auch Verpflichtungen für die betroffenen KRITIS-Organisationen einher. Ist denn wohl allen betroffenen Unternehmen zwischenzeitlich klar, dass sie dazugehören? Und meinen Sie, dass mit den aktuellen regulatorischen Vorgaben – etwa zur Vorbereitung von Notfallmaßnahmen – Planungssicherheit für sie besteht?

Sebastian Schmidt: Den meisten großen Unternehmen dürfte der Schutz ihrer Anlagen bereits ein präsent Thema sein. Vorbeugende Maßnahmen und Planungssicherheit liegen grundsätzlich im ureigenen Interesse der Unternehmen selbst, insofern dürfte ein Großteil der vom KRITIS-Dachgesetz betroffenen Unternehmen bereits sensibilisiert sein und in vielen Fällen auch schon Maßnahmen zum Schutz ihrer Anlagen ergriffen haben. Anders sieht es bei kleinen und mittleren Unternehmen aus: Hier braucht es teilweise noch deutlich mehr Aufklärung.

Nicht zuletzt ist der jeweilige Sektor entscheidend für das aktuelle Maß an Sicherheitsvorkehrungen. In der Energieversorgung und an großen Verkehrsflughäfen gelten heute andere Standards als in der Wasseraufbereitung oder der Abfallentsorgung. Aber gerade diesen Unterschieden setzt das KRITIS-Dachgesetz eine Systematik entgegen, die für alle Seiten mehr Klarheit schafft. Grundsätzlich sind aber die Betreiber verpflichtet, kritische Anlagen beim Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) zu melden. Im Einzelfall kann darüber hinaus auch das Bundesinnenministerium feststellen, dass eine Anlage kritisch ist.

Gleichzeitig wollten wir den Unterschieden auch im parlamentarischen Verfahren Rechnung tragen. Gerade kleinere und kommunale Unternehmen sollen nicht überfordert werden, sondern die nötige Zeit bekommen, um sich auf die neue Lage einzustellen.

Uns war auch ein möglichst umfassender Austausch zwischen Betreibern und BBK wichtig. Deshalb soll das BBK den Betreibern in regelmäßigen Abständen Lagebilder zur Situation kritischer Anlagen bereitstellen, damit diese sich besser auf die jeweilige Bedrohungslage einstellen können.

Direkte finanzielle Förderprogramme für die Umsetzung der Schutzmaßnahmen sind mit dem Gesetz allerdings nicht verbunden.

Was die Planungssicherheit betrifft: Ein Krisenfall lässt sich nie vollständig ausschließen. Vorbereitung hilft aber, Risiken zu minimieren und mögliche Schäden im Ernstfall deutlich zu begrenzen. Insofern: Ja, wir schaffen Planungssicherheit – das darf aber nicht mit Unfehlbarkeit verwechselt werden. Auch mit bester Vorbereitung sind Fehler oder erfolgreiche Angriffe nie vollständig auszuschließen.

BIM-MAGAZIN: Welche weiteren regulatorischen Maßnahmen halten Sie für erforderlich, welche Vorschläge erreichen Sie dazu eventuell auch seitens der Behörden und Organisationen für Sicherheitsaufgaben (BOS) und von KRITIS-Organisation, die kritische Dienstleistungen erbringen?

Sebastian Schmidt: Mit den Sicherheitsbehörden und KRITIS-Betreibern sprechen Sie ein sehr breites Spektrum an Akteuren an – und jede Gruppe hat andere berechnete Anliegen. Die Katastrophenschutzorganisationen haben den Anspruch, angesichts der Gefahrenlage eine gute Ausrüstung zu bekommen und das Ehrenamt für die vielen unersetzlichen freiwilligen Helferinnen und Helfer attraktiv zu halten. Die Polizeien wiederum brauchen vor allem zeitgemäße Befugnisse, damit sie ihre Arbeit bestmöglich erledigen können.

Die nötige Ausrüstung finanzieren wir über den Haushalt des Bundesinnenministeriums; die entsprechenden Mittel sollen auch 2027 weiter steigen. Mit der Modernisierung des Bundespolizeigesetzes haben wir zudem gerade einen wichtigen Schritt bei den zeitgemäßen Kompetenzen der Polizei gemacht. Es bleibt aber viel zu tun – etwa bei den digitalen Ermittlungsbefugnissen der Sicherheitsbehörden sowie bei einer grundlegenden Reform der Nachrichtendienste. Beide Vorhaben wollen wir im weiteren Jahresverlauf voranbringen.

Auch bei den regulatorischen Rahmenbedingungen für die Betreiber selbst sehe ich noch Handlungsbedarf.

Ein Beispiel sind die Sicherstellungsgesetze, die dem Staat im Krisenfall Zugriff auf wichtige Güter und Kapazitäten sichern sollen – auch sie sind inzwischen veraltet. Das Kabinett hat deshalb bereits in einem Eckpunktepapier eine Novellierung beschlossen; ich rechne hier noch in diesem Jahr mit Fortschritten.

Für die Betreiber wiederum sind die aktuellen Anforderungen ein schwieriger Spagat zwischen Wettbewerbsfähigkeit und Resilienz. Unser Ziel muss es daher sein, durch die weitere Ausgestaltung der Regulierung mehr Planungssicherheit zu schaffen, ohne die Unternehmen unnötig zu belasten. Wir versuchen, die gesetzlichen Vorgaben so wirtschaftsschonend wie möglich zu gestalten, ohne dass das zulasten unserer Sicherheit geht.

BIM-MAGAZIN: *In Krisenszenarien wird es darauf ankommen, dass die BOS auf Bundes- Landes- und kommunaler Ebene sowie auch betroffenen KRITIS-Organisationen abgestimmt miteinander agieren können. Wie gut sehen Sie unsere Land da bereits aufgestellt, wo sehen Sie dringende Handlungsbedarfe?*

Sebastian Schmidt: Das Lagebild ist hier das zentrale Stichwort. Damit unsere Reaktion auf mögliche Großschadenslagen bestmöglich ausfällt, müssen sich unsere Sicherheitsbehörden auf allen Ebenen koordinieren können und dabei auf möglichst aktuelle und präzise Informationen zugreifen. Das gilt umso mehr, wenn mehrere solcher Lagen gleichzeitig auftreten.

Sebastian Schmidt

99

Vorbeugende Maßnahmen und Planungssicherheit liegen grundsätzlich im ureigenen Interesse der Unternehmen selbst.“

Klar ist: Wir haben unsere Fähigkeiten zur Bewältigung größerer Krisen über lange Jahre vernachlässigt. Zugleich ist bereits viel geschehen, um dieses Defizit zu korrigieren. Das KRITIS-Dachgesetz trägt mit den bereits erwähnten Lagebildern des BBK dazu bei, einen systematischen Überblick über die Sicherheitslage unserer kritischen Infrastrukturen zu schaffen. Mit dem GAZ Hybrid (Anm. der Redaktion: Gefahrenabwehrzentrum) haben wir zudem eine zentrale Koordinierungsplattform zur Erkennung und Bekämpfung hybrider Bedrohungen geschaffen.

Und mit dem OPLAN Deutschland (Anm. der Redaktion: Operationsplan der Bundeswehr für die Landes- und Bündnisverteidigung Deutschland) verfügen wir über eine zentrale Grundlage für die zivil-militärische Zusammenarbeit – das betrifft unmittelbar auch die Logistik von Personen und Gütern im Kriegsfall.

Auf der Ebene der einzelnen Instrumente sind wir damit deutlich besser aufgestellt als noch vor einigen Jahren.

Der entscheidende nächste Schritt ist jetzt, diese Fortschritte tatsächlich bis in die kommunale Praxis zu tragen: damit im Ernstfall auch Landrätinnen und Landräte, Bürgermeisterinnen und Bürgermeister sowie freiwillige Feuerwehren genau wissen, was zu tun ist.

BIM-MAGAZIN: *Welche ist eine Kernbotschaft Ihrer Partei an die Bürger und explizit auch an die Unternehmen in unserem Land, wenn es darum geht, den wahrscheinlichen Eintritt von Krisenszenarien vor Augen zu haben und darauf reagieren zu müssen?*

Vorbereitung schafft Sicherheit durch Handlungsfähigkeit, wenn es darauf ankommt. Und ich bin überzeugt: Unser Land hat dafür große Potenziale, die wir jetzt konsequent nutzen müssen.

BIM-MAGAZIN: *Herzlichen Dank für das Interview. Das Interview führte Chefredakteur Ralf Golinski*

| BIM MAGAZIN – September 2026

Weiterführende Links:

🔗 [Webseite von Sebastian Schmidt](#)

Bildquelle: Sebastian Schmidt